

15. 02. 2006

## ANFRAGE

In welchem Maße kann die Polizei auf die Demokratieerziehung der Münchner SchülerInnen Einfluss nehmen?

Mit Schreiben vom 24. 1. 2006 hat das Polizeipräsidium München „an die Münchner Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien“ geschrieben. In diesem Schreiben wird darauf hingewiesen, dass die SDAJ plant, an Schulen Infomaterialien zur Sicherheitskonferenz, die vom 3. – 5. Februar in München stattfand, zu verteilen. Es bleibt aber nicht bei diesem Hinweis über die SDAJ. Vielmehr wird der Bereich SDAJ verlassen und es werden allgemeine Aussagen über die Gegendemonstration getroffen: Als nächstes wird darauf hingewiesen, „dass an den Protestaktionen gegen die Sicherheitskonferenz im vergangenen Jahr auch zahlreiche Personen des gewaltbereiten linksextremistischen Spektrums teilgenommen haben...Eine ähnliche Entwicklung ist auch in diesem Jahr zu erwarten....wir bitten Sie deshalb Lehrkräfte und Schüler der Münchner Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien in geeigneter Weise zu sensibilisieren“

Wir fragen:

- An welche Schulen ging dieses Schreiben?
- Welches Begleitschreiben wurde von Seiten des Schulreferates beigelegt?
- Ist bekannt, ob das staatliche Schulamt das Schreiben kommentiert weitergeleitet hat?
- Wie wurde dieses Schreiben von Seiten der Schulen aufgegriffen?
- Wie stellte sich die gewünschte „Sensibilisierung“ dar?
- Wie oft kommt es zu Interventionen der Münchner Polizei bzw. des Innenministeriums bezüglich politischer Versammlungen?
- In welchen Fällen hat die Polizei in den letzten Jahren konkret die Schulen aufgefordert, ihre Schüler auf die Gefahrenpotentiale bestimmter politischer Versammlungen hinzuweisen? In welchen Fällen ist dies erfolgt?
- Sieht das Schulreferat hier nicht die Gefahr, dass die Polizei versucht die Schulen zu instrumentalisieren, um SchülerInnen dazu zu bewegen, an unliebsamen Demonstrationen nicht teilzunehmen? Dies insbesondere vor der Tatsache, dass sehr viele junge Menschen bei den Demonstrationen gegen die Sicherheitskonferenz ihren Protest zeigen wollen?
- Wie sieht die Verwaltung die Tatsache, dass die Polizei in diesem Brief ein Gewaltszenario für diese Demonstration an die Wand malt, die von der Polizei im Vorfeld der Sicherheitskonferenz keineswegs gesehen wurde? Auch im Vorfeld der Sicherheitskonferenz wurde von Seiten der Polizei deutlich gemacht, dass man dieses Jahr keine Probleme erwartet. Dass die Münchner Polizei über die Schulen eine Gefahrenprognose weitergibt, die sie offiziell nicht erwartet, lässt den Verdacht aufkommen, dass das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit beschnitten werden soll. Teilt die Verwaltung diese Ansicht?

Siegfried Benker  
Jutta Koller  
Sabine Krieger